

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland

Newsletter 11/2025

22. Dezember 2025

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Sitzungswoche im Deutschen Bundestag hat sehr deutlich gezeigt, wofür die SPD in der Regierung steht: für Verantwortung, Verlässlichkeit und konkrete Fortschritte. Sieben Monate nach Beginn der Koalition ging es nicht um Ankündigungen, sondern um Entscheidungen, die das Leben der Menschen spürbar verbessern sollen.

Im Mittelpunkt standen wichtige Gesetzesvorhaben, mit denen wir unser Land modernisiert und gestärkt haben. Mit dem Standortfördergesetz haben wir gezielt private Investitionen auf den Weg gebracht, Start-ups und junge Unternehmen gestärkt und damit Wertschöpfung sowie gute Arbeitsplätze in Deutschland abgesichert. Das Gesetz ergänzt die öffentlichen Investitionen aus dem Sondervermögen und ist ein zentraler Baustein für einen starken Wirtschafts- und Finanzstandort.

Ein weiterer Schwerpunkt der Sitzungswoche war der Verbraucherschutz. Wir haben neue Regeln gegen Greenwashing, gegen irreführende Umweltaussagen und gegen manipulative Praktiken im Netz beschlossen. Online abgeschlossene Verträge können damit künftig genauso einfach widerrufen werden, wie sie abgeschlossen wurden. Das stärkt Transparenz, Fairness und das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Geprägt wurde die Woche auch von der Regierungserklärung des Bundeskanzlers zum Europäischen Rat. Europa stand vor wichtigen Weichenstellungen. Für uns war klar: Frieden, Sicherheit und wirtschaftliche Stärke lassen sich nur gemeinsam erreichen. Deutschland übernimmt Verantwortung in einem selbstbewussten Europa, das mit einer klaren Stimme spricht und seine Interessen entschlossen vertitt. Dazu habe ich im Deutschen Bundestag mehrfach Stellung bezogen (mehr auf Seite 5).

Darüber hinaus berieten und verabschiedeten wir Gesetze zur Stärkung der Jugendarbeit während der Schulferien, zur Entlastung von Familien und Kommunen sowie weitere Vorhaben zum Bürokratieabbau. Diese Sitzungswoche hat deutlich gemacht, wie breit die parlamentarische Arbeit angelegt ist und wie sehr sie auf den Alltag der Menschen zielt.

Viel Spaß beim Lesen und herzliche Grüße
Euer



Johannes Schraps



Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Kai Zimmermann — Unser Bürgermeisterkandidat für die Samtgemeinde Boffzen
— Starke SPD-Kandidaten für unsere Landkreise
- Seite 3** — Weihnachtsgrüße und ein schönes neues Jahr 2026
- Seite 4** — Fraktionskonferenz für die Interessenvertretungen der Beschäftigten in Berlin
— Jugendhospiz 2026 — Jetzt bewerben
- Seite 5** — Gelöbnis der neuen Rekrut:innen in Höxter
— Reden im Deutschen Bundestag zur Ukraine
- Seite 6** — Verwaltungsrat BaFin — Verantwortung für eine starke Finanzaufsicht
— Podiumsdiskussion zu Moldau
- Seite 7** — Verabschiedung der 3. Kompanie aus Holzminden in den NATO-Einsatz
— Treffen mit Botschafter Moldau und Finnland
- Seite 8** — Im Austausch und Besuch bei Ardagh Glass in Bad Münder
— Weihnachtsmarktbesuch in Groß Berkel
- Seite 9** — Austausch mit der Landesdirektorin des Norwegian Refugee Council
— Rede zur Finanzmarktregulierung
- Seite 10** — Themenüberblick Bundestag
- Seite 11** — Schulklassengespräch in Berlin

Ihr findet mich auch bei:



KAI ZIMMERMANN FÜR DIE SAMTGEMEINDE BOFFZEN

Am **11. Januar 2026** stehen in der Samtgemeinde Boffzen wichtige Wahlen an. Mit **Kai Zimmermann** tritt ein SPD-Kandidat an, den ich persönlich gut kenne und mit dem ich seit Jahren vertrauensvoll zusammenarbeite. Genau deshalb ist es mir wichtig, ihn hier kurz vorzustellen.

Kai Zimmermann ist in der Samtgemeinde verwurzelt und bringt als selbstständiger Architekt sowie langjähriges Mitglied im Samtgemeinderat und im Gemeinderat Derental viel kommunalpolitische Erfahrung mit. Er kennt die Herausforderungen vor Ort und weiß, wie wichtig verlässliche Entscheidungen für die Entwicklung einer Kommune sind.



KAI ZIMMERMANN
Der Samtgemeindebürgermeisterkandidat
für die Samtgemeinde Boffzen

In unserer Zusammenarbeit habe ich ihn als jemanden erlebt, der zu-

hört, unterschiedliche Perspektiven ernst nimmt und pragmatische Lösungen sucht. Sein Fokus liegt auf guten Kitas und Schulen, einer starken lokalen Wirtschaft, einer funktionierenden Infrastruktur und einer bürgernahen Verwaltung. Die Wahl am **11. Januar 2026** ist eine wichtige Richtungsscheidung für die Samtgemeinde. Ich bin überzeugt, dass Kai Zimmermann mit seiner Erfahrung, seiner Haltung und seiner Nähe zu den Menschen der richtige Kandidat für diese Aufgabe ist.

Viele weitere Informationen findet Ihr auf seiner Homepage kaizimmermann.de

STARKE SPD-KANDIDATEN FÜR UNSERE LANDKREISE

Die SPD-Unterbezirke in unserer Region haben wichtige personelle Weichen gestellt und ihre Kandidaten für die kommenden **Landratswahlen** nominiert. Mit **Dominik Petters, Bjarne Allruth und Simon Hartmann** gehen drei Persönlichkeiten ins Rennen, die jeweils tief in ihren Landkreisen verwurzelt sind und für eine verantwortungsvolle,



bürgernahe Kommunalpolitik stehen.

Alle drei kenne ich aus der politischen Arbeit und dem regelmäßigen Austausch.

Die Zusammenarbeit ist geprägt von Vertrauen, Offenheit und dem gemeinsamen Anspruch, Politik nicht abstrakt, sondern konkret für die Menschen vor Ort zu gestalten. Genau diese Haltung braucht es,

wenn man Verantwortung für einen ganzen Landkreis übernimmt. Inhaltlich eint sie der Einsatz für eine starke öffentliche Daseinsvorsorge, gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Arbeitsplätze, eine verlässliche Infrastruktur sowie Politik, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Blick be-



hält. Es geht um Landkreise, die handlungsfähig bleiben und in denen Entscheidungen nachvollziehbar und im Dialog getroffen werden. Mit diesen Nominierungen zeigt die SPD, dass sie in der Fläche stark aufgestellt ist und Verantwor-

tung übernehmen will. Dominik Petters, Bjarne Allruth und Simon Hartmann stehen gemeinsam für



eine Politik, die nah bei den Menschen ist und unsere Region engagiert und verlässlich gestaltet.

WEIHNACHTSGRÜÙE 2025

SPD



**EINE SCHÖNE WEIHNACHTSZEIT
UND EINEN GUTEN START
INS NEUE JAHR.**

Zum Jahresende ist es ein guter Moment, kurz innezuhalten und auf die vergangenen Monate zurückzublicken. 2025 war ein besonderes Jahr, politisch wie persönlich, mit vielen Gesprächen, wichtigen Entscheidungen und neuen Aufgaben.

Für mich persönlich war 2025 zudem ein sehr besonderes Jahr, denn ich bin Vater geworden. Diese Erfahrung verändert den Blick auf vieles und macht mir noch einmal bewusst, wie wichtig verlässliche Rahmenbedingungen und faire Chancen für die kommenden Generationen sind.

Im Februar durfte ich dank Deiner

und Eurer Unterstützung erneut direkt in den Deutschen Bundestag einziehen. Dieses Vertrauen bedeutet mir viel und ist für mich Ansporn und Verpflichtung zugleich, mich weiterhin mit ganzer Kraft für unsere Region und für eine gerechte Politik einzusetzen.

Politisch war dieses Jahr auch von einem Neubeginn geprägt. Mit der Bildung der Koalition aus SPD und CDU haben wir Verantwortung übernommen, um unser Land in herausfordernden Zeiten verlässlich zu führen. Dabei ist klar, dass nicht alles einfach sein wird und Kompromisse notwendig sind. Umso wichtiger ist es, sachlich zusam-

menzuarbeiten und Schritt für Schritt voranzukommen.

Gerade in bewegten Zeiten zeigt sich, wie wichtig Austausch, gegenseitiger Respekt und Engagement sind. Dafür danke ich allen, die sich einbringen, Diskussionen begleiten oder den Kontakt suchen. Unsere Demokratie lebt von diesem Miteinander.

Für die kommenden Feiertage wünsche ich Euch ruhige Tage, Zeit für Familie und Freunde und einen guten Start ins neue Jahr. Für 2026 hoffe ich auf Gesundheit, Zuversicht und viele gute Begegnungen.

FRAKTIONSKONFERENZ DER INTERESSENVERTRETUNGEN DER BESCHÄFTIGTEN

Die SPD-Bundestagsfraktion bringt jedes Jahr Betriebsräte- und Personalräte aus ganz Deutschland zusammen, um über die Herausforderungen zu sprechen, die viele Beschäftigte aktuell bewegen. Unter dem Motto Handeln schafft Halt wurde deutlich, wie stark der Druck in vielen Bereichen gestiegen ist und wie wichtig engagierte Interessenvertretungen für eine funktionierende Demokratie am Arbeitsplatz sind.

Besonders gefreut hat mich die Teilnahme von Rainer Loges aus Hameln, dem Vorsitzenden des Personalrats des Jobcenters Hameln-Pyrmont. Wir haben uns intensiv über die Situation im Jobcenter, die wachsenden Anforderungen an die Beschäftigten und die Bedeutung verlässlicher Strukturen ausgetauscht. Zusätzlich haben mehrere

Kolleginnen und Kollegen aus der Region digital an der Konferenz teilgenommen.

In den Gesprächen wurde klar: Viele Gewissheiten, auf die sich Beschäftigte über Jahrzehnte verlassen konnten, gelten heute nicht mehr automatisch. Gleichzeitig er-



leben Interessenvertretungen zu-

nehmend Gegenwind. Genau deshalb brauchen wir starke Betriebs und Personalräte, die Weiterbildungsangebote voranbringen, gute Arbeitszeitregelungen aushandeln und im Ernstfall sichere Sozialpläne organisieren. Sie geben Halt, stärken den Zusammenhalt und tragen entscheidend zur Demokratiezufriedenheit bei.

Als SPD setzen wir uns dafür ein, Mitbestimmung zu schützen und auszubauen. Dazu gehören eine stärkere Tarifbindung, moderne Regeln für mehr betriebliche Mitbestimmung und die klare Haltung, dass Angriffe auf Betriebsräte keinen Platz haben dürfen.

Herzlichen Dank an alle, die sich jeden Tag für ihre Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Euer Engagement wirkt weit über den einzelnen Betrieb hinaus.

JUGENDHOSPITANZ 2026: ERLEBE POLITIK IM BUNDESTAG HAUTNAH

Die SPD-Bundestagsfraktion öffnet auch im kommenden Jahr ihre Türen für engagierte junge Menschen. Vom 16. bis 20. März 2026 hast du die Möglichkeit, im Rahmen der Jugendhospitanz eine Woche lang den politischen Arbeitsalltag im Deutschen Bundestag hautnah mitzuerleben. Auch ich lade junge Engagierte aus dem Weserbergland herzlich ein, sich zu bewerben. Das Programm richtet sich an junge Menschen ab 18 Jahren, die sich ehrenamtlich oder hauptamtlich in Vereinen oder Verbänden engagieren. Du bekommst exklusive Einblicke in Fraktionssitzungen, Ausschüsse und die Arbeit der Abgeordneten. Ergänzt wird das Ganze durch ein vielseitiges Rahmenprogramm. Bereits am 15. März findet ein Vorbereitungsseminar des

Deutschen Bundesjugendrings statt, der die Jugendhospitanz unterstützt und begleitet. Wenn du dich im Weserbergland engagierst und Lust hast, Politik einmal direkt im Bundestag zu erleben, ist die Jugendhospitanz eine großartige Chance. Unsere Demokratie lebt davon, dass junge Menschen sich einmischen und ihre Themen einbringen. Ich freue mich sehr, wenn sich viele engagierte junge Leute aus unserer Region bewerben.

In den vergangenen Jahren haben bereits mehrere junge Menschen aus unserem Wahlkreis an der Jugendhospitanz teilgenommen. Viele von ihnen haben mir rückgemeldet, dass diese Woche sehr prägend war und sie zusätzlich motiviert hat, ihr Engagement vor Ort

weiter auszubauen.

Die SPD-Bundestagsfraktion bezuschusst deine Fahrtkosten mit bis zu 200 Euro. Insgesamt können bis zu 30 Hospitantinnen und Histanten teilnehmen. Die Auswahl erfolgt nach Bewerbungsschluss durch die SPD-Fraktion und berücksichtigt sowohl die Vielfalt der Verbände als auch eine ausgewogene regionale Verteilung. Bewerben kannst du dich bis zum 18. Januar 2026.

Alle Informationen zur Jugendhospitanz und zur Bewerbung findest du unter

www.spdfaktion.de/jugendhospitanz

Wenn du Fragen hast, kannst du dich selbstverständlich auch an mein Wahlkreisbüro wenden.

GELÖBNIS DER NEUEN REKRUTINNEN UND REKRUTEN IN HÖXTER

Das gemeinsame Gelöbnis der zahlreichen neuen Rekrutinnen und Rekruten der Bundeswehr an den Standorten in Höxter, Holzminden und Hannover fand dieses Mal in der Hammerstein-Equord-Kaserne in Höxter statt.

Selbstverständlich war ich auch auf der „anderen“ Weserseite bei diesem besonderen Moment für die neuen Rekruten mit dabei. Neben Daniel Hartmann, dem Bürgermeister von Höxter, waren von der niedersächsischen Weserseite neben Landrat Michael Schünemann mit Gudrun Raßmann und Michael Weber auch die Bürgermeister von Boffzen und Fürstenberg dabei, die mit ihren Gemeinden die Patenschaft für jeweils eine Kompanie des Pionierbataillons übernommen haben.



Für mich war das nach der Kommandoübergabe im Oktober erneut die

Möglichkeit, mit Sebastian Busenthür, dem neuen Bataillonskommandeur der Holzmindener Pioniere, ein wenig auszutauschen.

Die Gelöbnisrede hielt der ehem. Chef der Bundesagentur für Arbeit, Dr. Frank-Jürgen Weise, der den Rekrutinnen und Rekruten dankte und dabei auch an seine eigene Dienstzeit erinnerte. Nachdem die neuen Rekruten ihr Gelöbnis abgelegt hatten, wurde die Veranstaltung mit der Nationalhymne abgeschlossen.

Allen neuen Soldatinnen und Soldaten wünsche ich eine gute Kameradschaft und alles Gute für die Zukunft! Ich bedanke mich herzlich für die Verantwortung, die sie damit für unser Land übernehmen.

ZWEI REDEN IM DEUTSCHEN BUNDESTAG ZUR UKRAINE



finanziellem Druck. Für die Jahre 2026 und 2027 geht es dabei nicht um abstrakte Haushaltssahlen, sondern um ganz konkrete Fragen des Alltags und der staatlichen Handlungsfähigkeit, um Löhne, Renten und soziale Sicherung, um Energieversorgung, funktionierende Infrastruktur und Stabilität mitten im Krieg. Wenn diese Finanzierungslücke nicht geschlossen wird, gerät nicht nur die Ukraine unter Druck, sondern auch die Sicherheit Europas, denn genau auf Zögern und Unsicherheit setzt Putin.

Darüber hinaus ging es um die grundsätzliche Frage, ob Europa handlungsfähig und souverän agiert oder zum Zuschauer der Weltpolitik wird. Dazu gehört eine klare Entscheidung über den Umgang mit eingefrorenen russischen Vermögenswerten. Mehr als 200 Milliarden Euro dürfen nicht ungenutzt bleiben. Russland muss für die Schäden dieses völkerrechtswidrigen Angriffskriegs einstehen, während die Ukraine auf militärische Unterstützung, humanitäre Hilfe und langfristige finanzielle Zusagen angewiesen ist.

Handlungsfähigkeit bedeutet aber auch, Europas wirtschaftliche Stärke zu sichern. Das Mercosur Abkommen ist dafür ein wichtiger Baustein in einer Zeit zunehmenden Protektionismus. Ebenso habe ich betont, dass die EU Erweiterung kein Selbstzweck ist, sondern eine Investition in Frieden, Sicherheit und Stabilität auf unserem Kontinent. Wer Reformen umsetzt und Rechtsstaatlichkeit stärkt, muss eine echte Perspektive bekommen.

Als SPD-Bundestagsfraktion stehen wir für ein Europa, das solidarisch handelt, Verantwortung übernimmt und Entscheidungen nicht aufschiebt. An der Seite der Ukraine, offen für neue Partnerschaften und entschlossen, wenn es um unsere gemeinsame Sicherheit und Zukunft geht.

Hier findet Ihr die Reden:

[Rede zum europäischen Rat am 17.12.](#)

[Rede zur aktuellen Stunde zum Berliner Ukraine Gipfels](#)

VERWALTUNGSRAT BAFIN – VERANTWORTUNG FÜR EINE STARKE FINANZAUFSCHEIT

Mit meiner Berufung in den Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht übernehme ich zusätzliche Verantwortung in einem zentralen Gremium der deutschen Finanzaufsicht. Der Verwaltungsrat begleitet und kontrolliert die Arbeit der BaFin, die für die Stabilität unseres Finanzsystems und den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern zuständig ist. Dazu gehören die Überwachung der Geschäftsführung, die Beschlussfassung über den Haus-

halt sowie die Unterstützung der Behörde bei ihren gesetzlichen Aufgaben. Das Gremium setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern des Deutschen Bundestages, der Bundesregierung sowie aus Fachvertretern zusammen und arbeitet ehrenamtlich. Eine starke und unabhängige Finanzaufsicht ist für mich eine wesentliche Voraussetzung für stabile Banken, sichere Spareinlagen und Vertrauen in den Finanzmarkt. Gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten

braucht es klare, transparente und verlässliche Regeln sowie eine Aufsicht, die frühzeitig hinschaut und konsequent handelt. Meine Erfahrung aus der Arbeit im Finanzausschuss bringe ich nun auch in den Verwaltungsrat ein. Wichtig ist mir dabei, dass Finanzmarktaufsicht nicht nur die großen Zusammenhänge im Blick hat, sondern auch die ganz konkreten Auswirkungen für Unternehmen, Kommunen und private Haushalte im Weserbergland.

„MOLDAUS WEG IN DIE EU“ PODIUMSDISKUSSION

Als zuständiger Berichterstatter für die Republik Moldau und Vorsitzender des Deutsch-Moldauischen Forums habe ich an der Veranstaltung mit dem Titel „Moldaus Weg in die EU: Wirtschaftsreformen und die Transnistrien-Frage“ teilgenommen. Die



Diskussionsrunde wurde gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) organisiert und brachte zahlreiche schlaue Köpfe aus der Moldau nach Berlin. Gemeinsam mit Adrian Lupusor, Alexandru Flenchea und Liliana Palihovici habe ich unter der hervorragenden Modera-

tion von Anastasia Pociumban und Constantin Groll dazu diskutiert, wie es mit dem EU-Beitrittsprozess der Moldau weitergeht und welche Schritte erforderlich sind, um die Herausforderungen in den Bereichen Wirtschaftsreformen, Sozialpolitik sowie im Hinblick auf die Region Transnistrien anzugehen. Die Diskussionsrunde wurde gemein-

sam von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) organisiert und brachte zahlreiche schlaue Köpfe aus der Moldau nach Berlin. Gemeinsam mit Adrian Lupusor, Alexandru Flenchea und Liliana Palihovici habe ich unter der hervorragenden Moderation von A-

nastasia Pociumban und Constantin Groll dazu diskutiert, wie es mit dem EU-Beitrittsprozess der Moldau weitergeht und welche Schritte erforderlich sind, um die Herausforderungen in den Bereichen Wirtschaftsreformen, Sozialpolitik sowie im Hinblick auf die Region Transnistrien anzugehen.

VERABSCHIEDUNG DER 3. KOMPANIEN AUS HOLZMINDEN IN DEN NATO EINSATZ

Etwa 70 Soldatinnen und Soldaten der 3. Kompanie aus dem Holzmindener Panzerpionierbataillon 1 werden ab Anfang Januar im Rahmen der multinationalen NATO-Battle Group für sechs Monate nach Litauen verlegt und die NATO-Ostflanke sichern. Ich war in der Kaserne am Solling dabei, als sie mit einem feierlichen Appell in den Einsatz verabschiedet wurden. Der neuen Bataillonskommandeur Sebastian Busenthür schilderte denkbare sicherheitspolitische Szenarien, die deutlich machten, wie essenziell belastbare Strukturen, Einsatzbereitschaft und klare Verteidigungsfähigkeit für



unser demokratisches Gemeinwe-

tung auf dem sehr eindrücklich hergerichteten Appellplatz dabei. Neben Holzmindens Bürgermeister Christian Belke auch Landrat Michael Schüneemann, sowie Bürgermeister Dietmar Nücke aus Golmbach, der Patengemeinde der 3. Kompanie. Militärseelsorgerin Claudia Glebe, Vertreter der Pionierkameradschaft und Kirsten

sen sind. Dem Anlass entsprechend waren neben mir zahlreiche weitere Gäste aus Politik und Verwal-

Gerberding und Mike Hartley von der Gerberding Stiftung waren ebenfalls anwesend.

TREFFEN MIT DEN BOTSCHAFTLERN VON NORWEGEN UND MOLDAU



Internationale Gespräche gehören für mich selbstverständlich zur parlamentarischen Arbeit. In den vergangenen Tagen hatte ich gleich zwei intensive bilaterale Treffen, die trotz unterschiedlicher regionaler Schwerpunkte eines gemeinsam hatten: die sicherheitspolitische Lage in Europa und die Frage, wie Demokratien gemeinsam handlungsfähig bleiben.

Mit Kai Sauer, dem finnischen Botschafter in Berlin, habe ich erneut

einen sehr vertrauensvollen Austausch geführt. Im Mittelpunkt stand der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie Finlands sicherheitspolitische Neubewertung und der NATO Beitritt als direkte Konsequenz der veränderten Bedrohungslage. Wir haben außerdem auf die Jahrestagung der Ostsee Parlamentarier in Finnland zurückgeblickt und über die anspruchsvolle finnische OSZE Präsidentschaft 2025 gesprochen, die im kommenden Jahr an die Schweiz übergeht. Der enge Austausch mit den nordischen Botschaftern ist mir als zuständiger Berichterstatter im Europausschuss besonders wichtig.

Ein ebenso spannendes Gespräch hatte ich mit Aureliu Ciocoi, dem Botschafter der Republik Moldau. Das Land

steht durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine unter erheblichem politischen und wirtschaftlichen Druck. Wir haben über den europäischen Reformkurs, über Resilienz gegen Desinformation und hybride Bedrohungen sowie über die Erwartungen an die Europäische Union gesprochen. Die Unterstützung der Moldau ist dabei nicht nur Ausdruck von Solidarität, sondern auch eine Investition in die Sicherheit und Stabilität Europas.



IM AUSTAUSCH MIT ARDAGH GLASS: NACHHALTIGE INDUSTRIE UND GUTE ARBEIT IN BAD MÜNDER



Gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Uli Watermann, unserem Emmerthaler Bürgermeister und Landratskandidaten Dominik Petters und einer kleinen Delegation der SPD Bad Münster mit Martin Kohn, Wilfried Hartmann und Hendrik Albers war ich wieder einmal im Werk von Ardagh Glass in Bad Münster zu Gast.

Mit Werksleiter Yannic Bertram und seinem Team sowie Stefan Rü-

ter, dem Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrats haben wir uns natürlich zu allen aktuellen energiepolitischen Themen ausgetauscht. Aber auch die Vorteile von Verpackungen aus Glas – als dauerhaftem Material, das unendlich oft recycelbar ist und perfekt zur Kreislaufwirtschaft passt – kamen mit Blick auf die Umsetzung der EU-Verpackungsverordnung auf den Tisch.

Nach einem sehr guten Austausch haben wir uns noch die Schmelzwannen und Produktionsstraßen bei einem Werksrundgang genauer angeschaut.

Das Werk in Bad Münster produziert zu etwa 90 % Flaschen aus braunem Glas für den chemisch pharmazeutischen Markt. Durch einen eigens dafür eingerichteten Reinraum hat der Standort ein Alleinstellungsmerkmal innerhalb des mehr als 50 Betriebsstätten umfassenden Konzerns, der weltweit in 16 Ländern agiert. Daneben sind auch einige besondere Biersorten in Flaschen aus dem Ardagh-Sortiment zu kaufen.

Bei unserer Betriebsbesichtigung wurde zudem einmal mehr deutlich, dass die Ardagh Group in Bad Münster nicht nur ein wichtiger Arbeitgeber, sondern auch ein wichtiger Ausbildungsstandort für die Region ist.

BESUCH DES WEIHNACHTSMARKTS IN GROß BERKEL

Der Weihnachtsmarkt in **Groß Berkel** gehört für mich einfach zur Adventszeit dazu. Ich komme aus dem Ort und umso schöner ist es jedes Jahr, am ersten Adventswochenende über den Kirchplatz zu gehen und so viele bekannte Gesichter zu treffen. Genau das macht diesen Weihnachtsmarkt aus die Begeg-

nungen, die Gespräche und das Wiedersehen mit alten Freunden und Weggefährten. Zwischen den festlich geschmückten Ständen, dem Duft von Glühwein und Gebäck und der weihnachtlichen Musik entsteht eine ganz besondere Atmosphäre. Die musikalischen Beiträge der örtlichen Chöre und

Musikgruppen gehören ebenso dazu wie die Angebote für Kinder etwa das Puppentheater, Vorlesestunden oder gemeinsames Basteln. Und natürlich durfte auch der Weihnachtsmann nicht fehlen, der vor allem bei den kleinen Besucherinnen und Besuchern für strahlende Augen gesorgt hat.



Der Weihnachtsmarkt in Groß Berkel zeigt jedes Jahr aufs Neue, wie viel Engagement, Zusammenhalt und Herzblut in unserem Ort stecken. Für mich ist er ein echtes Stück Heimat und ein schöner Moment, um vor dem Jahresende noch einmal innezuhalten und Gemeinschaft zu erleben.

AUSTAUSCH MIT DER LANDES DIREKTORIN DES NORWEGIAN REFUGEE COUNCIL

Ich habe mich mit Marit Glad, der Landesdirektorin des Norwegian Refugee Council (NRC) in der Ukraine, über die aktuelle humanitäre Lage und die Arbeit von NRC vor Ort ausgetauscht.

Der russische Angriffskrieg trifft Millionen Menschen weiterhin hart: Schätzungsweise 12,7 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer benötigen 2025 humanitäre Hilfe, darunter rund 3,7 Millionen Binnenvertriebene. Besonders im Winter verschärfen Angriffe auf Energie- und Wasserinfrastruktur die Situation.

Der NRC ist mit über 300 Mitarbeitenden vor Ort aktiv, unterstützt Evakuierungen, bietet Rechtsberatung, hilft beim Wiederaufbau und sichert den Zugang zu Bildung und

Grundversorgung – oft in schwer erreichbaren Gebieten. Dabei erhält NRC auch Finanzierung aus Deutschland. Diese Unterstützung ermöglicht es, lebenswichtige Projekte und Programme aufrechtzuerhalten, die auf die spezifischen Bedürfnisse von Geflüchteten und

von Konflikten betroffene Gemeinschaften zugeschnitten sind.

Der Austausch war für meine Arbeit im Europaausschuss besonders wertvoll. Für mich ist klar: Humani-



täre Hilfe bleibt in der Ukraine unverzichtbar – und sie muss eng mit langfristigen Wiederaufbau- und Entwicklungsprojekten verzahnt werden.

REDE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG FINANZMARKTREGULIERUNG MIT MAß UND VERANTWORTUNG



Transformation braucht Investitionen. Und Investitionen brauchen Banken, die stabil sind und zugleich handlungsfähig bleiben. Genau darüber habe ich in einer Rede im Deutschen Bundestag gesprochen. Mit dem Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz setzen wir europäische Vorgaben sachgerecht in deutsches Recht um. Dabei geht es nicht um Deregulierung um jeden Preis, son-

dern um kluge und verhältnismäßige Regeln. In meiner Rede habe ich deutlich gemacht, dass wir Banken dort entlasten, wo übermäßige Bürokratie ihre Arbeit unnötig erschwert, ohne die Finanzmarktstabilität oder den Verbraucherschutz zu gefährden. Ziel ist ein widerstandsfähiger Bankensektor, der auch in unsicheren Zeiten verlässlich die Finanzierung der Realwirtschaft sicherstellt.

Gerade Sparkassen, Genossenschaftsbanken und andere regionale Institute spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie kennen die Unternehmen vor Ort, begleiten den Mittelstand, das Handwerk und viele kommunale Projekte. In meiner Bundestagsrede habe ich betont, dass diese Institute klare, pra-

xistaugliche und verhältnismäßige Regeln brauchen, um nah bei den Menschen und den Unternehmen bleiben zu können. Weniger unnötige Meldepflichten bedeuten mehr Zeit für Beratung, für Kreditscheidungen und für Investitionen in Innovation, Klimaschutz und wirtschaftliche Transformation. Für uns als SPD ist klar: Finanzmarktre gulierung ist kein Selbstzweck. Sie muss Stabilität sichern, Verbraucherinnen und Verbraucher schützen und Investitionen in die Zukunft ermöglichen. Genau diese Balance treiben wir jetzt voran und das habe ich auch in meiner Rede im Deutschen Bundestag deutlich gemacht.

Die Rede:

<https://dbtg.tv/cvid/7647180>

THEMENÜBERBLICK BUNDESTAG

Gemeinsam gegen Antisemitismus. Die Berichte über die Gewalttat in Sydney erschüttern uns zutiefst. Dass der Angriff am jüdischen Lichterfest Chanukka geschah, einem Fest des Lichts und der Hoffnung, macht ihn besonders schmerhaft. Unsere Gedanken sind bei den Opfern, ihren Familien und der jüdischen Gemeinschaft. Antisemitismus und Hass dürfen keinen Platz haben. Wir stehen in tiefer Solidarität an der Seite der jüdischen Gemeinschaft in Australien und weltweit. Niemand darf wegen seines Glaubens, seiner Herkunft und seiner Identität Ziel von Hass und Gewalt werden. Der Anschlag trifft uns alle. Er macht schmerhaft deutlich, wie wichtig es ist, entschieden gegen Antisemitismus und jede Form von Hass vorzugehen. Wir müssen gemeinsam alles dafür tun, dass solche Gewalttaten keinen Platz in unserer Welt haben.

Die Zukunft der Mobilität ist elektrisch und autonom.

Die EU-Kommission legt heute einen Vorschlag zur Weiterentwicklung der Flottengrenzwerte vor. Aus Deutschland hat sie dafür einen klaren Rahmen erhalten: einen tragfähigen Kompromiss, der für unsere Automobilindustrie mehr Flexibilität ermöglicht und damit auch Arbeitsplätze schützt und den Klimaschutz im Verkehrssektor nicht infrage stellt. Für uns ist klar: Die Zukunft der Mobilität ist elektrisch und autonom. Technologieführerschaft deutscher und europäischer Unternehmen ist möglich – und sie muss unser Anspruch sein. Wir erwarten, dass die Automobilindustrie die neue Flexibilität nutzt, um zukunftsfähige Wertschöpfung in Deutschland zu schaffen. Die Koalition gibt dafür zusätzliche Impulse. Mit der neuen Kaufprämie unterstützen wir über 500.000 Haushalte konkret beim Kauf oder Leasing eines klimafreundlichen Fahrzeugs. Das ist ein starkes Signal für unseren Automobilstandort, ein wichtiges Zeichen für technologische Modernisierung und

Wettbewerbsfähigkeit und ein entscheidender Schritt zur Reduzierung der Emissionen im Verkehrssektor. Die Automobilindustrie bleibt ein zentraler Wachstumsmotor und Innovationstreiber unserer Wirtschaft. Gerade in einer Phase schwächerer internationaler Absatzmärkte und spürbarer Kaufzurückhaltung kann eine gezielte E-Auto-Kaufprämie dazu beitragen, die Nachfrage zu stabilisieren, Investitionen anzuregen und den Transformationsprozess erfolgreich voranzubringen.

Wir stärken Verbraucherinnen und Verbraucher und schützen sie vor Manipulation.

Ob Greenwashing mit unbelegten Umweltaussagen oder Manipulation im Netz durch sogenannte Dark Patterns: Solche Praktiken erschweren Verbraucherinnen und Verbraucher den Alltag unnötig und benachteilen sie. Mit zwei Gesetzen, die wir in dieser Woche verabschieden, gehen wir diese Themen an. So müssen Umweltaussagen zu Produkten und Dienstleistungen künftig klar belegt werden. Aussagen zu vermeintlicher Klimaneutralität durch Kompensationsmaßnahmen verbieten wir ganz. Den Wald an Nachhaltigkeitssiegeln lichten wir. Im parlamentarischen Verfahren haben wir uns dafür stark gemacht, dass die guten neuen Regeln, die auf EU-Vorgaben beruhen, möglichst keine ungewollten negativen Folgen etwa für die Stiftung Warentest oder NGOs haben. Auch wollen wir mit einer längeren Übergangsfrist vermeiden, dass bereits produzierte Waren, die den geänderten Vorgaben nicht entsprechen, vernichtet werden. Hierfür setzen wir uns bei der EU-Kommission ein. Manipulativen Praktiken beim Online-Vertrieb von Finanzdienstleistungen sagen wir den Kampf an. Vorangeklickte Kästchen oder wiederholte Aufforderungen, die uns zu einer Entscheidung treiben wollen, die vor allem dem Unternehmen nutzt, sind künftig verboten. Leider bezieht sich die Richtlinie bisher nur auf

online abgeschlossene Verträge zu Finanzdienstleistungen. Wir fordern die Bundesregierung in einem Entschließungsantrag deshalb auf, sich auf EU-Ebene für ein umfassendes Verbot von Dark Patterns bei allen Online-Verträgen einzusetzen. Wir führen außerdem den Widerrufsbutton ein. Ganz leicht online einen Vertrag schließen, aber beim Widerruf nur komplizierte Kontaktmöglichkeiten? Damit ist künftig Schluss. Verbraucherinnen und Verbraucher können einen Vertrag dann genauso einfach widerrufen, wie sie ihn abgeschlossen haben. Außerdem stärken wir mit dem Gesetzespaket die Rechte von Patientinnen und Patienten, indem wir die Einsichtnahme in die Behandlungsakte erleichtern. Diese muss nun vollständig und unverzüglich zur Verfügung gestellt werden.

Mit dem Standortfördergesetz stärken wir den Wirtschafts- und Finanzstandort Deutschland.

Durch das Gesetz werden private Investitionen vor allem in Start-Ups und Scale-Ups erleichtert. Das ist wichtig, damit in Deutschland nicht nur gute Ideen produziert werden, sondern die jungen Unternehmen hier vor Ort bleiben, ihre Produkte hier in den Markt einführen und somit für Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand sorgen. Darüber hinaus wollen wir gezielt private Investitionen in Infrastruktur und erneuerbare Energien leiten. Mit dem Gesetz verbessern wir die steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen, bauen Hürden bei der Finanzierung durch Venture Capital ab und sorgen für bürokratische Entlastung im Finanzmarktbereich. Das Standortfördergesetz flankiert die öffentlichen Investitionen, die wir über das Sondervermögen Infrastruktur ermöglichen und wird Hand in Hand mit dem geplanten Deutschlandfonds gehen. Mit dem Zusammenspiel aus öffentlichen und privaten Investitionen stärken wir den hiesigen Wirtschaftsstandort nachhaltig und spürbar.

SCHULKASSENGEspräch IN BERLIN

Ich habe mich sehr über den Besuch einer Politikklasse im Bundestag gefreut, die diesmal nicht aus dem Weserbergland kam. Die Schülerinnen und Schüler des 11. Jahrgangs der Schule am Schloss aus Potsdam waren gemeinsam mit ihren Lehrerinnen Frau Lewerenz und Frau Weber zu Gast. Da

die Schulleiterin Sabrina Lewerenz ursprünglich aus dem Weserbergland stammt, hatte sie mich vorab auf den Berlinbesuch aufmerksam gemacht. Als unser ehemaliger Bundeskanzler und Potsdamer Wahlkreisabgeordneter Olaf Scholz kurzfristig vertreten werden mussste, habe ich diese Aufgabe gern

übernommen. Entstanden ist ein offenes und lebendiges Gespräch mit vielen klugen und gut vorbereiteten Fragen. Besonders beeindruckt hat mich das große politische Interesse der Schülerinnen und Schüler. Solche Begegnungen zeigen, wie wichtig politische Bildung und direkter Austausch sind.



Büro Hameln
Heilgeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

johannes.schraps.wk@bundestag.de

V. i. S. d. P.:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Sonja Hagos-Buddensiek, Philipp Klein, Anna Lünig

Büro Holzminden
Halbmondstr. 20
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps@bundestag.de